

Haushaltsrede

der Vorsitzenden der SPD-Regionsfraktion, Silke Gardlo.

Es gilt das gesprochene Wort



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein in politischer Hinsicht bewegendes Jahr liegt hinter uns, lassen Sie mich vorab an dieser Stelle einige wenige Begebenheiten und Vorkommnisse kurz in Erinnerung holen:

Politisch bestimmt Berlin das Jahr: zähe Verhandlungen nach der Bundestagswahl, im März wurde ein halbes Jahr nach der Wahl und den gescheiterten Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Regierung aus CDU/CSU, Grünen und FDP, das vierte „Kabinett Merkel“ als Große Koalition vereidigt. In Europa kam es infolge hoher Temperaturen und geringer Regenmengen zu einer Dürreperiode, die zahlreiche Waldbrände, Ernteauffälle und historische Niedrigpegelstände in Gewässern verursachte. Als Grund für diese Wetteranomalie wurde von kompetenten Wissenschaftlern der Klimawandel genannt. Eine Tatsache, die übrigens immer noch von einigen wenigen Politikern mit Vehemenz abgestritten wird. Auch die letzten Ergebnisse von Kattowitz lassen hier nichts Gutes ahnen. Gute Nachrichten aus Frankreich sind derzeit leider ebenso Mangelware und die Brexit Verhandlungen (wie lange zieht sich das eigentlich schon hin?) machen auch niemanden mehr froh. Was wird uns also das kommende Jahr bringen? Immerhin, die Europawahl im Mai kann spannend werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

manchmal ist es sinnvoll, den Blick schweifen zu lassen und sich dann wieder intensiver dem Kommunalen zu widmen. Kommen wir also nun zu unserer Region Hannover.

In Anbetracht der uns bekannten weltweiten „Verwerfungen“ können wir vor Ort mit Fug und Recht von wohl geordneten Verhältnissen sprechen. Selbstverständlich ist auch hier nicht alles nur „eitel Sonnenschein“. Aber die Auseinandersetzungen in der Regionsversammlung bzw. den Fachausschüssen laufen in der Regel doch in einer angemessenen, sachlichen und fairen Atmosphäre ab. Unter den Abgeordneten

demokratischer Parteien besteht ja Konsens darüber, in welcher Weise der politische Wettstreit zu erfolgen hat; persönliche Verunglimpfungen gehören definitiv nicht dazu, wie wir uns überhaupt in wesentlichen Grundzügen einem gemeinsamen Wertekanon verpflichtet fühlen.

Das wird auch in der heutigen Regionsversammlung zum Tragen kommen, und um es gleich vorweg zu nehmen: Anträgen, die darauf ausgerichtet sind, unsere vielfältige Gesellschaft in der Region Hannover zu spalten, werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Zustimmung verweigern, denn wir treten für eine solidarische Umgangsweise ein. Populistische Versuche, die darauf abzielen, unser weltoffenes, liberalen Grundsätzen verpflichtetes System des respektvollen Zusammenlebens einzuschränken, weisen wir mit aller Entschiedenheit in die Schranken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

kommen wir zu dem Wesentlichen:

Unsere Gebietskörperschaft, die Region Hannover kommt einem Hort der Stabilität und Prosperität gleich. Und das kommt nicht von ungefähr: In vorderster Linie sind es die engagierten, tatkräftigen Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen, denen wir unseren gesellschaftlichen Wohlstand verdanken. Dazu trägt auch vielfältiges ehrenamtliches Engagement bei. Eine der Aufgabenstellungen einer Gebietskörperschaft wie der Region Hannover ist es deshalb, die Bedingungen für dieses gemeinwohlorientierte Handeln zu verbessern, auch daran arbeiten wir.

Doch nun zu den nüchternen Daten,

die wichtigsten vorweg, die insbesondere für unsere Freundinnen und Freunde aus den Kommunalparlamenten von großem Interesse sind: Die Hebesätze der Regionsumlage werden für 2019 unverändert bleiben können; das stellt eine unserer Grundlagen einer verlässlichen, kalkulierbaren Finanzpolitik dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mir ist selbstverständlich gewahr – unlängst, nämlich vor zehn Tagen, war darüber ja auch in der HAZ zu lesen – dass sich die Interessenlagen der Städte und Gemeinden sowie der Region Hannover in dieser Frage oftmals unterscheiden. Und

natürlich kann ich es nachvollziehen, dass aus Sicht mancher kommunaler Entscheidungsträger jegliche weitere Haushaltsentlastung bzw. Deckelung und/oder Umlageabsenkung zu begrüßen wäre.

Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass mit den Hebesätzen wiederum eine solide Basis ausgelotet werden konnte, die letztlich trägt, zumal weitere die Finanzen der Kommunen entlastende Tatbestände zu verzeichnen sind (z.B. unsere Wohnbauinitiative).

Auch bei einem Gesamtbudget von mittlerweile annähernd zwei Milliarden Euro an Aufwendungen können wir wiederum die erstrebte schwarze Null verzeichnen. Die größten Ausgabenposten im Finanzhaushalt stellen die Bereiche „Soziales“ (1,08 Milliarden Euro) und „Jugend“ (258 Millionen Euro), gefolgt von „Verkehr“ (256 Millionen Euro) dar. Eine steigende Ausgabe im Verkehrsbereich macht uns übrigens besonders froh: die Steigenden Ausgaben für die GVH Sparcard, die Jugendnetzkarte sind von uns initiierte sinnvolle Investitionen in die Zukunft. Alle weiteren Ideen im Verkehrsbereich, die zu hohen Ausgaben führen würden, werden wohl noch weiter diskutiert werden müssen.

An Nettoinvestitionen rechnen wir mit gut 100 Millionen Euro (ca. 105), davon ein Viertel für den Verkehrsbereich, ein Siebtel für den Schulbereich und – auch das muss einmal deutlich erwähnt werden – allein 18 Prozent für die Krankenhausumlage und weitere 12 Prozent für das KRH sind darüber hinaus einzurechnen. Und im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung sind vergleichbare Nettoinvestitionssummen auch für die Folgejahre vorgesehen. Wir können also nach wie vor ein konstant hohes Investitionsniveau feststellen. Die Region Hannover investiert mit Bedacht in ihre Zukunftsfähigkeit! Und obgleich ich mich wiederhole, vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle nämlich auch schon darauf hingewiesen: Nach wie vor orientieren wir uns an den bewährten Leitlinien der Region Hannover zur strategischen Finanzplanung. Und das bedeutet:

- „Konsolidierung des Regionshaushalts und nachhaltige Regionsentwicklung“,
- „Entlastung der Kommunen“ sowie
- „Ausgleichsfunktion der Region“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein inhaltlicher Schwerpunkt dieser Wahlperiode wurde bereits eindeutig benannt: Nämlich die möglichst unbürokratische Förderung des Wohnungsbaus in der 21

Städten und Gemeinden der Region Hannover als TOP-Thema. Dazu gehört es, den Bedarf an Wohnungen zu decken, aber auch der verstärkte Familienhausbau, Wohnungen für sämtliche Haushaltstypen zu schaffen sowie gemischte Quartiere in sozialer und auch funktionaler Hinsicht zu entwickeln.

Um diese postulierten Ziele erreichen zu können, sind wir bereit, unsere Regionskommunen finanziell in nicht unerheblichem Umfang zu unterstützen. Für jede WE im Ein- oder Zweifamilienhaus erhält die Kommune 1.500 Euro, für jede WE im Mehrfamilienhaus 5.500 Euro.

Für den Zeitraum 2019 bis 2021 wollen wir dafür jährlich zwanzig Millionen Euro zur Verfügung stellen, wir sprechen hier also über circa sechzig Millionen Euro (und nicht zu vergessen: Daneben steht auch noch das Wohnbauförderprogramm mit Zuschüssen direkt an den Bauherrn – dafür sind weitere elf Millionen Euro im Haushalt eingeplant).

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie schon an dieser Stelle vor fast exakt einem Jahr – nämlich in der damaligen Regionsversammlung – angesprochen, war es unser Anliegen, dieses Jahr unsere gemeinsamen Haushaltsanträge von SPD und CDU bereits zu den Sitzungen der Fachausschüsse einbringen zu können. Und im Unterschied zum letzten Jahr ist das auch im Wesentlichen gelungen, so dass die Diskussionen in den Ausschüssen erfolgen konnten, was uns heute in der Regionsversammlung stark entlastet.

Im Folgenden möchte ich auf Schwerpunkte unserer diesjährigen Haushaltsanträge eingehen:

Da ist zunächst der Bereich „Wirtschaft und Beschäftigung“ zu nennen: Die nächsten Jahre werden geprägt sein durch den Megatrend der Digitalisierung im Allgemeinen und der Industrie 4.0 im Besonderen. Dabei stehen der Ausbau der Breitbandversorgung in der Region Hannover und die Glasfaseranbindung der Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen im Vordergrund. Auch die Weiterentwicklung des Campus Maschinenbau in Garbsen ist ein weiterer Schwerpunkt der diesjährigen Investitionen. Obwohl auch die Verwaltung schon nicht unerhebliche Mittel im Haushaltsentwurf vorgesehen hat, ist aus unserer Sicht noch

ein deutlich höheres Engagement erforderlich. Das wollen wir u.a. mit unseren Anträgen erreichen. Beispielhaft wären das

- die Umsetzung des Strategie- und Handlungskonzeptes „Arbeit 4.0“. Dieses Konzept ist gemeinsam mit Politik und Akteuren aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern und Bildungseinrichtungen erarbeitet worden. Jetzt muss die konkrete Umsetzung mit gezielten Projekten erfolgen. Das heißt Glasfaseranschlüsse für alle Schulen in Trägerschaft der Region Hannover, Etablierung digitaler Lernkonzepte und Ausbau der Lernkooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und den BBSs. Das Programm soll für drei Jahre angesetzt werden und mit insgesamt 4,0 Mio. Euro gefördert werden.

- Weiterentwicklung des Forschungscampus in Garbsen: Für den Aufbau von Wissens- und Technologiekooperationen zwischen Industrie, Handwerk und universitären bzw. angewandten Forschungs- und Transfereinrichtungen sollen für die nächsten drei Jahre 300.000 Euro und für die inhaltliche Weiterentwicklung auch genügend Personal bereitgestellt werden.

- Mit einer verstärkten Digitalisierung im Pflegebereich soll auf die demografischen Herausforderungen und dem großen Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden. Es soll dazu beitragen, dass die berufstypischen Belastungen verringert werden. Aber auch mögliche Risiken und Vorbehalte müssen berücksichtigt bzw. beantwortet werden. Dazu wollen wir ein entsprechendes Konzept erstellen lassen.

Im Bereich „Umwelt und Klimaschutz“ möchten wir mit unseren Anträgen zu Ökoprotit und Vertragsnaturschutz die Bemühungen der Verwaltung verstärken. Für uns bleibt die Klimawende ein vorrangiges Ziel der Region, deshalb beantragen wir, dass sich die Region Hannover auch weiterhin an ÖKOPROFIT Hannover beteiligt und auch künftig jährlich 35.000 Euro bereitgestellt werden. Das Gemeinschaftsprojekt von LHH und Region Hannover sowie ortsansässiger Unternehmen verfolgt das Ziel, durch verbesserten Umweltschutz bares Geld zu sparen. Wie im letzten Jahr wollen wir das erfolgreiche Instrument des Vertragsnaturschutzes fortführen bzw. ausweiten. Das Instrument des Vertragsnaturschutzes hat sich bewährt. Wir wollen aber noch weiteren Land- und Forstwirten die Möglichkeit geben, z.B. durch das Anlegen von Blühstreifen die biologische Vielfalt zu erhalten bzw. zu verbessern. Dazu sollen die Mittel erheblich ausgeweitet werden.

Im Verkehrsbereich steht die Thematik Mobilität und damit die Verbesserung der Barrierefreiheit im ÖPNV im Vordergrund:

Dazu gehören die Nachrüstung von Hochbahnsteigen an den Haltestellen der Stadtbahn sowie die Fortsetzung des Ausbaus von Bushaltestellen.

Wir wollen mit unseren Anträgen darüber hinaus u.a. das Umsteigen von PKW auf den ÖPNV mit der Erstellung eines Konzeptes bzw. Entwicklung von Systembausteinen für kleine Bike und Ride Fahrradabstellplätze unterstützen. Für die Umsetzung des Strategie- und Handlungskonzeptes Verkehrssicherheit sind zwar bereits 765.000 Euro vorgesehen, wir wollen aber für den Baustein „Verhalten“ zusätzlich weitere 100.000 Euro bereitstellen.

Mit einem kleinen Beitrag, der aber große Wirkung erzeugt, wollen wir der Bürgerinitiative Umweltschutz e.V. (BIU) 5.000 Euro für die Durchführung von FahrradChecks auf Stadtplätzen im Regionsgebiet zur Verfügung stellen.

Die Mittel für freie Träger in der Jugendhilfe erhöhen wir moderat, um dem Jugendhilfeausschuss auch im laufenden Jahr die Möglichkeit zu geben, nach fachlicher Diskussion einzelne Projekte und Träger zu fördern.

Den Sport in der Region Hannover unterstützen wir durch finanzielle Förderung einer ganzen Reihe von Projekten. So sollen sowohl die Zusammenarbeit der beiden Sportbünde von Region und Landeshauptstadt unter dem Label der „SportRegion Hannover“, als auch die im letzten Jahr erfolgreich gestarteten Bundesfreiwilligendienstlerinnen und -dienstler in den Sportvereinen und der Bewegungspass für Kids fortgeführt werden.

Die Mittel für den erfolgreich arbeitenden Integrationsfonds „Miteinander – Gemeinsam für Integration“ stocken wir im Jubiläumsjahr 2019 auf 200.000,- Euro auf, damit die Anzahl der geförderten Projekte erhöht werden kann.

Der Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale Ronnenberg soll durch ein besonderes Berichtswesen eng mit dem Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten vernetzt und so die politischen Entscheidenden intensiv in Planung und Umsetzung eingebunden werden.

In der DLRG Wachstation "Weiße Düne" in Mardorf wollen wir einige für den reibungslosen und professionellen Betrieb notwendige Baumaßnahmen im nächsten Jahr durchführen.

Sollte das Land im nächsten Jahr keine entsprechende Finanzierung sicherstellen, wollen wir die Fortführung des sogenannten interdisziplinären Versorgungsnachweises für Notfallkapazitäten, besser bekannt als „IVENA“ durch Regionsmittel gewährleisten.

An unseren berufsbildenden Schulen werden mittelfristig keine weiteren Stellen für die Schulsozialarbeit vom Land eingerichtet. Darum wollen wir die Fortführung der vorhandenen Stellen im Stellenplan der Region Hannover, um so die erheblich größer gewordenen Herausforderungen für gelingende Bildungs- und Ausbildungsbiografien auch weiterhin bewältigen zu können.

Damit beim Übergang von allgemein- zu berufsbildenden Schulen keine Jugendlichen „verloren“ gehen und dadurch aus dem Schulsystem herausfallen, möchten wir mit der Möglichkeit eines Onlineportals diesen Übergang digital gestalten und somit die Chance eröffnen, alle Beteiligten im Schul- und Ausbildungssystem noch besser als bisher zu vernetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein besonderes Augenmerk richten wir auf Verbesserung der Situation von Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen:

Darum wollen wir zur Unterstützung von Alleinerziehenden finanzierbare Erholungs- und Bildungsangebote für Ein-Eltern-Familien der erhöhten Nachfrage anpassen.

Die von der Regionsverwaltung vorgelegten – und heute ja schon beschlossenen – Konzepte zum Ausbau von dringend benötigten Kapazitäten bei Frauenhäusern und zur Erweiterung von Angeboten für wohnungslose Frauen, tragen wir mit und hinterlegen sie mit unseren Haushaltsanträgen auch mit den dafür notwendigen Summen.

Mit den Ergänzungen der klassischen Frauenhäuser um Elemente des Übergangswohnens, des sogenannten „gesicherten Frauenhauses“ und der Notaufnahmeeinrichtung wird dabei sowohl den besonderen Bedürfnissen von gewaltbedrohten Frauen, als auch der veränderten Lage auf dem Wohnungsmarkt Rechnung getragen.

Bei der Weiterentwicklung von Hilfen für wohnungslose Frauen wird ebenfalls ein ganzes Bündel an kurz- und langfristig wirkender Maßnahmen in Angriff genommen, um damit die Situation der Betroffenen nachhaltig zu verbessern.

Und nicht zuletzt werden wir mit der finanziellen Förderung zur Einrichtung einer Hebammenzentrale eine dringend notwendige Verbesserung der Versorgungsstrukturen für Mütter, Kinder und die Familien bewirken.

Dies ist – nach der Verbesserung der Ausbildungssituation – die nächste konkrete Umsetzung eines Ergebnisses des von uns mit initiierten runden Tisches zur Geburtshilfe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

neben den Anträgen haben wir uns als Fraktion intensiv mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf und dem Stellenplan befasst und tragen die vorgelegte Planung der Verwaltung mit. Übrigens freuen wir uns, dass es im Vorfeld der heutigen Regionsversammlung aus den Reihen der FDP das deutliche Signal gegeben hat, dem Regionshaushalt heute ebenfalls zuzustimmen.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen meiner Fraktion ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken. Sie leisten täglich eine sehr gute Arbeit für die Region und für die Bürgerinnen und Bürger, und auch den Dezernenten und dem Regionspräsidenten gilt unser Dank für gute Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt selbstverständlich auch den Fraktionsbüros. Denn ohne ihre Hilfe und Unterstützung sind wir ehrenamtlichen Abgeordneten der Fülle der Themen und Aufgaben kaum gewachsen. Vielen Dank!